

## **Einstimmiger Beschluss der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbands am 5. Dezember 2006**

### „Resolution des Regionalen Planungsverbands München für die 2. S-Bahn-Stammstrecke

Der Regionale Planungsverband München unterstützt die Planungen zum Neubau einer 2. S-Bahn-Stammstrecke und fordert ihre baldige Realisierung.

Die Realisierung dieser zweiten S-Bahnstammstrecke ist unerlässlich für die Bewältigung des zukünftigen regionalen Verkehrs. Die S-Bahn als Rückgrat des Regionalen ÖPNV hätte ohne den zweiten Tunnel keine Entwicklungsperspektive. Weitere Zunahmen von Arbeitsplätzen und Einwohnern in der prosperierenden Region München werden zu einem deutlichen Verkehrsanstieg in Stadt und Umland führen. Bis 2015 werden die Verkehre voraussichtlich um ca. 20 % ansteigen. Die heutige Kapazität der Stammstrecke ist ausgereizt. Nur mit der 2. S-Bahn-Stammstrecke kann die Münchner S-Bahn die kommenden Verkehrszuwächse aufnehmen.

Im Zusammenhang mit diesem Neubau müssen allerdings auch die Schienenstrecken im Außenbereich entsprechend ertüchtigt und wo nötig ergänzt werden. Nur dann kann sich eine mögliche Kapazitätserweiterung des Regionalen ÖPNV durch den zweiten Tunnel in der ganzen Region positiv auswirken.

Der Bau des zweiten Tunnels ermöglicht es unter anderem, einen flächendeckenden 10-Minuten-Takt oder ein Expressbahnsystem einzuführen, das die normale S-Bahn überlagert. Beide der bisher diskutierten Modelle zeigen, dass mit einer 2. S-Bahn-Stammstrecke viele attraktive Optionen für ein neues Fahrplankonzept bestehen. Die Untersuchungen, welches Konzept oder welche Kombination aus beiden Konzepten den größten Nutzen für die Fahrgäste bringt, werden fortgeführt.

Diese Attraktivitätssteigerung des Regionalen ÖPNV auf dem S-Bahnsystem ist notwendig, um wenigstens einen Teil des zusätzlichen Verkehrs in der Region München auf den ÖPNV zu bringen. Die jetzt schon durch Kfz-Verkehr hoch belasteten Stadt-Umlandbereiche werden von dem Bau der 2. S-Bahn-Stammstrecke profitieren.

Besondere Belastungen für Gemeinden und Städte im Zuge des Ausbaus sollen so weit wie möglich vermieden werden.“